
***Frühjahrgutachten 2016
der Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose***

**„Aufschwung bleibt moderat -
Wirtschaftspolitik wenig
wachstumsorientiert“**

19. April 2016

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich nach Einschätzung der Institute weiter in einem moderaten Aufwärtstrend. Dieser wird vor allem getragen vom **privaten Konsum**, der gleich durch mehrere Faktoren angetrieben wird. Da ist zunächst die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt, die sich weiter fortsetzen dürfte. Die **Zahl der Erwerbstätigen** wird 2016 im Durchschnitt um 500.000 Personen und 2017 um 390.000 Personen steigen. Zudem verzeichnen die privaten Haushalte aufgrund spürbarer Einkommenssteigerungen und niedriger Inflation starke Kaufkraftzuwächse. Die Transfereinkommen steigen aufgrund der kräftigen Rentenerhöhungen weiter an. Bedingt durch die zunehmenden Ausgaben für die Flüchtlingsmigration wird auch die öffentliche Konsumnachfrage weiter steigen. Die **Investitionstätigkeit** wird nur verhalten zunehmen. Zwar sind aufgrund des Niedrigzinsumfelds, der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung und erhöhter Nachfrage nach Wohnraum steigende **Wohnungsbauinvestitionen** zu erwarten. Die Investitionen der Unternehmen in gewerbliche Bauten und Ausrüstungen werden trotz der niedrigen Zinsen und der günstigen Gewinnsituation nur geringfügig zunehmen, weil sich die Erwartungen deutlich eingetrübt haben. Die deutschen **Exporte** dürften nach einer geringen Belebung im Frühjahr ab der zweiten Jahreshälfte wieder etwas stärker zulegen. Allerdings steigen die **Importe** so deutlich, dass der Außenhandel den BIP-Anstieg 2016 kräftig dämpfen wird. 2017 ist dann wieder mit einem positiven Wachstumsbeitrag vom Außenhandel für das BIP zu rechnen. Für dieses Jahr prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute ein BIP-Wachstum von 1,6 %, wobei 0,1 Prozentpunkte auf eine höhere Anzahl von Arbeitstagen zurückgehen. 2017 wird die gesamtwirtschaftliche Leistung um 1,5 % steigen, wobei dann die geringere Anzahl von Arbeitstagen rechnerisch im Jahresdurchschnitt 0,2 Prozentpunkte Wachstum kosten werden. Für die öffentlichen Haushalte zeichnet sich per Saldo ein Rückgang des Budgetüberschusses ab. Zunehmenden Einnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Sozialbeiträgen und sinkenden Zinsausgaben stehen steigende Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration gegenüber. Der gesamtstaatliche **Budgetüberschuss** beläuft sich 2016 auf 11 Mrd. Euro und 2017 auf 10 Mrd. Euro.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2015	2016	2017
BIP (real) in %	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige im Inland in Mio.	43,03	43,54	43,92
Arbeitslose in Mio.	2,80	2,74	2,82
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	6,4	6,2	6,4
Verbraucherpreise	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten in %	1,7	2,5	2,0
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	0,7	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	8,5	8,1	8,1

Die Institute haben ihre Konjunkturprognose für 2016 im Vergleich zur Herbstprognose um 0,2 Prozentpunkte abwärts korrigiert. Sie haben damit der zuletzt schwachen Entwicklung im Außenhandel Rechnung getragen. Auch der Sachverständigenrat hat aus diesen Gründen seine Konjunkturprognose für Deutschland im März korrigiert. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem durch den Konsum getriebenen konjunkturellen Aufschwung. Kräftige Impulse von den Investitionen sind, abgesehen vom Wohnungsbau, bislang ausgeblieben. Diese sind aber für einen selbsttragenden Aufschwung und einen Ausbau des Produktionspotenzials erforderlich. BDI und BDA schätzen die Prognose als sehr vorsichtig ein. Die größten Prognoserisiken stellen die Außenhandelsentwicklung und die Flüchtlingsausgaben dar. In beiden Fällen könnten die Institute eher am unteren Rand liegen.

2. Zur Wirtschaftspolitik

BDA und BDI teilen die Auffassung der Wirtschaftsforschungsinstitute, dass es zur **Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen** einen langen Atem braucht, weil insbesondere Sprachkenntnisse und vergleichbare Bildungsabschlüsse bei den meisten Flüchtlingen fehlen. So ist z. B. die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen erst nach zehn Jahren etwa so hoch wie die der einheimischen Bevölkerung. Zudem muss es gelingen, dass auch Flüchtlinge zumindest mittel- bis längerfristig in höher qualifizierte Tätigkeiten gebracht werden können und nicht dauerhaft in Einfachbeschäftigung auf Helferniveau verbleiben. Es ist deswegen im ureigenen Interesse unseres Landes, die Voraussetzungen für eine **schnelle Integration** in Gesellschaft, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt der überwiegend noch sehr jungen Flüchtlinge zu schaffen. Die Spitzen der Regierungskoalition haben mit den Eckpunkten für ein Integrationsgesetz am 13. April zentrale Punkte adressiert und wesentliche Vorschläge der Wirtschaft hierfür aufgegriffen. Diese müssen jetzt zügig umgesetzt und weitere Maßnahmen, vor allem mit den für Bildung zuständigen Ländern, vereinbart werden. Eine wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Integration sind grundlegende Deutschkenntnisse und ausreichende berufsbezogene Sprachkenntnisse. Daher müssen alle Flüchtlinge mit **Bleibeperspektive** verpflichtet werden, von Anfang an Deutsch zu lernen – Kinder und Jugendliche bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Alle jungen Menschen, die ohne Schulabschluss zu uns kommen, müssen in das Schulsystem eingegliedert werden. Problematisch ist, dass viele Betroffene das 18. Lebensjahr bereits vollendet haben und somit der Schulpflicht nicht mehr unterliegen. Deshalb muss in allen Bundesländern die Möglichkeit geschaffen werden, den Schulbesuch individuell über das 18. Lebensjahr hinaus auszudehnen. Zudem müssen alle relevanten Förderleistungen der Berufsausbildung für Asylbewerber mit Bleibeperspektive und für Geduldete ohne Arbeitsverbot ab Abschluss eines Ausbildungsvertrages zur Verfügung stehen.

Der etwas geringere durchschnittliche **Tariflohnanstieg** in 2015 gegenüber den drei Vorjahren zeigt, dass im vergangenen Jahr aufgrund der zusätzlichen Belastungen für die Betriebe im Zusammenhang mit der Mindestlohneinführung und den zunehmenden weltweiten konjunkturellen Unsicherheitsfaktoren ein tarifpolitisch verantwortungsvoller Kurs gefahren wurde. Wichtig ist, dass auch im Tarifjahr 2016, das geprägt ist von vielen Tarif-

lohnabschlüssen in beschäftigungsstarken Branchen, wie z. B. im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen, in der Metall- und Elektroindustrie, im Bauhauptgewerbe und in der chemischen Industrie, eine verantwortungsvolle, produktivitätsorientierte, differenzierte und flexible **Tariflohnpolitik** umgesetzt wird. Vor allem vor dem Hintergrund der bevorstehenden Herausforderungen, viele geringqualifizierte Menschen in unseren Arbeitsmarkt zu integrieren, dürfen die Betriebe nicht durch ein übertriebenes Anspruchsdenken der Gewerkschaften überlastet werden. BDA und BDI teilen die Auffassung der Wirtschaftsforschungsinstitute, dass die Kernelemente des „Rentenpakets“ – nämlich die „Mütterrente“ und die abschlagsfreie „Rente ab 63“ – äußerst kostspielig sind und die ohnehin schon hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit weiter in die Höhe treiben werden. Insgesamt konterkariert das „Rentenpaket“ die bisherigen Anstrengungen zur Sicherung der **langfristigen Finanzierbarkeit** der gesetzlichen **Rentenversicherung**. Die durch dieses Maßnahmenpaket verursachten Mehrausgaben werden für lange Zeit höher liegen als die Einsparungen durch die „Rente mit 67“. Die kritische Sicht der Wirtschaftsforschungsinstitute auf die im Koalitionsvertrag verankerte „solidarische Lebensleistungsrente“ teilen BDA und BDI. Diese Form der Rentenaufstockung wäre nicht nur teuer, sondern auch ungerecht. Sie widerspräche dem bislang geltenden Grundsatz, dass sich die Höhe der Rente nach den zuvor eingezahlten Beiträgen richtet. Sie kann dazu führen, dass ein Versicherter, der höhere Beitragszahlungen als ein anderer Versicherter geleistet hat, trotzdem später eine geringere Altersrente erhält.

Die **Finanzlage des Staates** profitiert derzeit von mehreren günstigen Faktoren: sehr niedrige Zinsen, demografisch bedingte Entlastung der Rentenkassen und ein kräftiger Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit. Der Gesamtstaat könnte daher das vierte Mal in Folge einen Budgetüberschuss ausweisen, falls die flüchtlingsbezogenen Ausgaben 2016 nur 10 Mrd. Euro über dem Niveau von 2015 liegen sollten. Die Institute weisen zu Recht darauf hin, dass diese günstige Finanzlage nicht ausreichend für zukunfts- und wachstumsorientierte Ausgaben genutzt wurde. So ist der Anteil der staatlichen Bruttoinvestitionen am BIP trotz der von der Bundesregierung angekündigten Investitionsoffensive in den vergangenen zwei Jahren nicht gestiegen. Gleiches war bei den Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung zu beobachten.

Die EZB verfolgt seit einigen Jahren einen stark expansiven geldpolitischen Kurs und erhöhte im März 2016 mit einer Ausdehnung des Anleihenkaufprogramms und weiteren Zinssenkungen nochmals die Schlagzahl. Im Hinblick auf die unterausgelastete Wirtschaft im Euroraum und den anhaltenden Preisdruck beurteilen die Gutachter die **Geldpolitik** richtigerweise als angemessen. Die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft haben sich verbessert und mit dem gesunkenen Außenwert des Euro steigen die Absatzperspektiven der Unternehmen aus dem Euroraum. BDI und BDA schließen sich der Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute an, dass Geldpolitik jedoch nur kurzfristige Effekte aufweist und nicht wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sowie Strukturreformen ersetzen kann, die mittel- und langfristig die Produktivität erhöhen.